

BUNDESMINISTERIUM
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

II-2369 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode
WIEN, am 15. April 1981

Zl. 176.26.01/13-IV.2/81

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat
Mag. HÖCHTL und Genossen betreffend die Lage der Angehörigen der deutschen Volksgruppe in Rumänien (Nr. 1051/J)

1051 IAB

1981 -05- 0 8

zu 1051 JJ

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Parlament

1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. HÖCHTL und Genossen haben am 18. März 1981 unter der Nr. 1051/J an mich eine schriftliche Anfrage betreffend die Lage der Angehörigen der deutschen Volksgruppe in Rumänien gerichtet, welche den folgenden Wortlaut hat:

- "1. Welche Schritte haben Sie in der Vergangenheit unternommen, um die schleppende Erledigung der Ausreiseansuchen nach Österreich von Angehörigen der deutschen Volksgruppe in Rumänien durch die rumänischen Behörden zu beschleunigen?
2. Welche Schritte werden Sie anlässlich des Besuches des rumänischen Staats- und Parteichefs CEAUSESCU unternehmen, um sowohl die Respektierung der Menschenrechte gegenüber der deutschen Volksgruppe in Rumänien, als auch eine Verbesserung der ethno-kulturellen Situation dieser Volksgruppe und eine Beschleunigung der Bearbeitung von Ausreiseanträgen zu erzielen?
3. Welche Maßnahmen gedenken Sie darüber hinaus zu unternehmen, um die Lage der Angehörigen der deutschen Volksgruppe in Rumänien zu verbessern?"

./2

- 2 -

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

ad 1) Österreich hat in den vergangenen Jahren einer beträchtlichen Zahl von Angehörigen der deutschsprachigen Volksgruppe in Rumänien im Rahmen von Familienzusammenführungen die Einwanderung ermöglicht. Für die Einwanderungserlaubnis ist das Bundesministerium für Inneres - im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für soziale Verwaltung - zuständig.

Rumänien gestattet im allgemeinen seinen Staatsangehörigen weder die freie Auswanderung noch eine ungehinderte zeitweise Ausreise;

umsomehr konzentrieren sich die österreichischen Bemühungen darauf, im Einzelfall Angehörigen der deutschen Volksgruppe, jedoch auch sonstigen rumänischen Staatsangehörigen, die bei ihren Behörden einen Ausreise- oder Besuchsreiseantrag zu ihren Angehörigen nach Österreich eingebracht haben, durch Interventionen auf diplomatischer und politischer Ebene zu helfen.

Wie die vorliegenden Zahlen der Österreichischen Botschaft Bukarest erkennen lassen, weist die Zahl der nach offiziellen Interventionen genehmigten Auswanderungsfälle eine leicht steigende Tendenz auf: wurden nach österreichischen Interventionen im Jahre 1979 zwölf Familien die Auswanderung nach Österreich gestattet, waren es 1980 27 Familien, in den ersten drei Monaten 1981 neun Familien. Die Zahlen der genehmigten Besuchsreisen betragen: 1979 - 0, 1980 - 8, Jänner - März 1981 - 1.

Neben einer regelmäßigen Intervention seitens der Österreichischen Botschaft Bukarest kommt für die Auswanderungswilligen die Intervention österreichischer Spitzenpolitiker bei jeder sich bietenden Gelegenheit zum Tragen: So setzten sich in den letzten 2 1/2 Jahren aus Anlaß von Besuchen oder auf schriftlichem Wege der Herr Bundespräsi-

- 3 -

dent, der Herr Bundeskanzler, eine österreichische Parlamentarierdelegation und ich bei den jeweiligen rumänischen Gesprächspartnern für Auswanderungsgenehmigungen ein. Zuletzt präsentierte im Februar 1981 die österreichische Delegation bei der KSZE-Konferenz in Madrid der rumänischen Seite die Liste der registrierten Auswanderungswünsche nach Österreich.

Auf die Ausführungen der Außenpolitischen Berichte im Gegenstande möchte ich vorsorglich verweisen.

- ad 2) Anlässlich des kommenden Besuches wird österreichischerseits sowohl auf die Fragen der Implementierung und Realisierung der Schlußakte von Helsinki als auch auf das bilaterale Problem nicht gelöster Familienzusammenführungsfälle eingegangen werden; auch ich werde im Rahmen der vorgesehenen Besprechungen die österreichischen Wünsche und Vorstellungen klar zum Ausdruck bringen.
- ad 3) Wie schon der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung 1979 anführte, erachtet Österreich als wesentliche Aufgabe seiner Außenpolitik sowohl die Verwirklichung des Inhalts der Schlußakte als auch die Einflußnahme auf die anderen Unterzeichner, gleiches zu tun. Aus meiner Überzeugung heraus werde ich mich auch weiterhin bemühen, bei meinen bilateralen Kontakten und in allen geeigneten internationalen Gremien auf die Wahrung der Menschenrechte zu dringen und auf die Konsequenzen ihrer Mißachtung hinzuweisen. Jeder rumänische Staatsangehörige, der nach Österreich zu seinen Verwandten auswandern möchte, wird von meinem Ressort jede mögliche Unterstützung finden.

Am Rande möchte ich vermerken, daß aus Gründen der Abstammung und der Familienbande die meisten Angehörigen der deutschen Volksgruppe die Auswanderung in die Bundesrepublik Deutschland beantragen.

./4

- 4 -

Abgesehen von den Bemühungen um Ausreisebewilligungen sind folgende österreichische Aktivitäten für die deutschsprachigen Minderheit von Relevanz:

Bei der Durchführung von österreichischen kulturellen Gastveranstaltungen in Rumänien wird getrachtet, die deutschsprachigen Siedlungsgebiete entsprechend zu berücksichtigen. Im Rahmen des Kulturabkommens mit Rumänien entsendet das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung Lektoren für österreichische Literatur beispielsweise an die Universität in Hermannstadt (Sibiu), wo gerade jetzt wieder eine österreichische Lektorin tätig ist.

Der Bundesminister für
Auswärtige Angelegenheiten:

